

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

286 (8.12.1920)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelxempl. 25 1/2.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 10 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Böhmerbundsversammlung in Genf

Genf, 7. Dez. In der heutigen Sitzung der Böhmerbundsversammlung wurde der schon in der gestrigen Sitzung auf die heutige verschobene Beratung der schweizerischen Delegation betr. die Kinderhilfe des Böhmerbundes in den Ländern die unter dem Krieges gesitten haben, an eine Kommission überwiesen, die nach im Laufe dieser Tagung Bericht und Anträge einbringen soll.

Die Versammlung behandelte sodann die Frage der Typhusbekämpfung in Polen, wobei namens der Kommission Fetter, Kanada Bericht erhaltete. Die Kommission schlug einen dringenden Appell an sämtliche Staaten vor zur wirksamen Bekämpfung der in Osteuropa herrschenden Epidemie. Norwegen betonte die Notwendigkeit für den Böhmerbund, sich positive Schritte zu sichern, wozu diese Frage Gelegenheit gäbe. Er beantragte die Bildung einer besonderen Kommission von drei Mitgliedern, die so rasch wie möglich der Versammlung einen Bericht vorzulegen hätte über die unverzügliche Beschaffung finanzieller Mittel. Dieser Antrag Konse, sowie die Anträge der Kommission fanden darauf Annahme.

### Die argentinische Sensation

Genf, 7. Dez. Die argentinische Sensation will trotz der äußerlichen Stille, mit der die Böhmerbundsversammlung sich mit dem Tagesablauf abfindet, nicht zur Ruhe kommen. Die Neutralen sind verstimmt, weil sie naturgemäß durch Böhmerbunds Schritte in eine peinliche Lage geriet, da sie sich selbst schließlich mit der Verhinderung der Abänderungsanträge abgefunden haben. Man findet daher gerade bei manchen Neutralen besonders scharfe Urteile über Argentinien vorliegen. Die Franzosen tun so, als wenn die argentinische Delegation aus Unbefangenheit oder Hochmut gehandelt hätte. Bezeichnend ist, daß die Genfer Korrespondenz der französischen Presse folgende parabolische Erklärung zur Verhinderung der Abänderungsanträge verbreitet: Die Neutralität auf Nordamerika verlangt es, daß man den Pazifik nicht ändert, wenn Amerika dem Bunde angehört. Um diese Erklärung völlig zu würdigen, muß man sich vor Augen stellen, daß gerade nach dem argentinischen Positionenfall auf einstimmigen Wunsch des Präsidiums die Versammlung eine Debatte über den landwärtigen Antrag auf Streichung des gerade von den Vereinigten Staaten so heftig bekämpften Artikels 10 abschiebe und genau so wie den argentinischen Antrag auf das nächste Jahr verschiebe.

Ein Vertreter der Tribune de Genève sprach den hier weilenden französischen General Bapelle, Mitglied der ständigen Militärkommission des Böhmerbundes, wie er über die Aufnahme Deutschlands in den Böhmerbund dachte. Hierbei gab Bapelle folgende, wie die Zeitung sagt, „kurze und schneidende“ Antwort: „Deutschland möge die Beiträge durchzuführen, es mache das Unheil wieder gut, das es in Frankreich angerichtet hat! Erst dann kann man sehen“.

Genf, 7. Dez. Der Böhmerbunds-Korrespondent des argentinischen „La Prensa“ telegraphiert aus Genf: Brasilien teilt die Ängstlichen Argentinien und der Schweiz, daß nämlich der Pazifik und der Vereinigte Vertrag zwei von einander völlig verschiedene Dokumente seien und nur zufällig einander angeknüpft seien. In einer weiteren Depesche weist der Korrespondent darauf hin, daß Argentinien Verhalten folgendermaßen definiert werden könnte: Das argentinische Volk ist ein Volk, das nicht an ein Recht glaubt, das der Sieger verleiht kann.

### Ententnoten wegen der Ministerreden

Genf, 7. Dez. Dem Minister des Auswärtigen sind gestern vom englischen und französischen Botschafter und vom belgischen Gesandten drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen über die Rede des Reichs-Kanzlers und des Außenministers im besetzten Gebiete Beschwerde erhoben wird. Die Noten werden dem Reichsstatsekretär zur Stellungnahme vorgelegt.

Gegen die Ententnoten wegen der Ministerreden im besetzten Gebiete legt die Deutsche Allgemeine Zeitung „Berliner Tageblatt“ ein und sagt, das deutsche Volk müsse gegen diese Bevormundung den schärfsten Protest erheben. — Auch der „Vorwärts“ widerspricht grundsätzlich dem Versuch einer Zensur gegen deutsche Staatsmänner im besetzten Gebiete. In der dortigen Ausgabe vom 7. Dez. ist in innere Angelegenheiten Deutschlands. Einmalige Zurückweisungen unangeordneter Ministeräußerungen würden Sache des deutschen Parlamentes sein. Es sei schon Schande genug, daß nicht einmal über das deutsche Kinderland in deutschen Zeitungen frei geschrieben werden dürfe, da z. B. die sozialistische Parteizentrale in Trier wegen Abdruck eines Aufsatzes aus der „Quintante“ über das deutsche Kinderland auf drei Tage verboten worden sei.

### Internationale sozialistische Vorkonferenz

Genf, 7. Dez. Die internationale sozialistische Vorkonferenz hörte heute zunächst die Berichte über die Lage des Sozialismus in den einzelnen Ländern an. Für Deutschland berichtete Crispian. Es wurden ferner Berichte aus Dänemark, Desterreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz, England, den Vereinigten Staaten, Rußland und Frankreich erhaltet. Sodann trat die Konferenz in die Debatte über die Schaffung einer internationalen der revolutionären sozialistischen Parteien ein. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die den Entwurf einer Kundgebung an das sozialistische Proletariat aller Länder auszuarbeiten und morgen der Konferenz vorzulegen hat. Schließlich wurde auf Antrag Rosa Luxemburg folgender Beschluß gefaßt: Die internationale Konferenz der revolutionären sozialistischen Parteien erhebt namens der Millionen Proletarier aller Länder, die hinter ihr stehen, gegen das Unterdrückung der Gewalttätigen Unruhen schärfsten Protest, insbesondere dagegen, daß Männer, die nur ihre politische Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft erfüllt haben, als gemeine Verbrecher behandelt und dem Tode ausgeliefert werden. Die Konferenz appelliert an die revolutionären Sozialisten der ganzen Welt, ihrer Solidarität mit dem ungarischen Proletariat zu beweisen.

### Die Abstimmung in Griechenland

#### Eine erdrückende Mehrheit für König Konstantin

Athen, 7. Dez. Die ersten aus Griechenland einlaufenden Resultate zeigen eine riesige Mehrheit für die Rückkehr König Konstantins auf den griechischen Thron. In Athen wurden 99 Prozent auf der Insel Korfu 95 Prozent der Stimmen für König Konstantin abgegeben. In Athen fanden große Freudenemonstrationen statt. Die Abstimmung soll in ganz Griechenland fast einstimmig für König Konstantin erfolgt sein.

Athen, 8. Dez. Nach offiziellen Mitteilungen haben an der Volksabstimmung über die Rückkehr König Konstantins 300 000 Personen mehr teilgenommen als an den kürzlichen Wahlen zur Kammer. Von der gesamten Wählerzahl haben nur 2 Prozent sich gegen Konstantin ausgesprochen. In der Provinz haben ungefähr 80 Prozent der Befragten an der Abstimmung teilgenommen. Gestern nachmittags fanden in Athen große Kundgebungen statt.

Das Resultat bedeutet eine markante Abgabe an die Kriegspolitik Bemislos. König Konstantin war bekanntlich Gegner der Intervention Griechenlands im Krieges und wollte, daß Griechenland strikte Neutralität liehe. Als sich jedoch mit Hilfe der Entente die Politik Bemislos durchsetzte, wurde König Konstantin abgesetzt und dessen Sohn, der sich der Entente gefügig zeigte, auf den Thron gesetzt. Das 4. griechische Armeekorps kapituliert damals und wurde nach Syrien geschickt, wo es während des Krieges deutsche Gefangenschaft genoss. Nachdem nun das griechische Volk die Fehler der Kriegspolitik eingesehen, war das Resultat der Volksabstimmung voraussehbar.

### Zur Frage des Wiedereintritts in die Regierung

Berlin, 7. Dez. Auf dem gestern abgehaltenen außerordentlichen sozialdemokratischen Bezirkskongress für Berlin kam Hermann Müller darauf zu sprechen, daß eine Situation eintreten könne — offensichtlich sei sie noch fern —, wo es im Interesse der Arbeiterschaft nötig sei, daß die Sozialdemokratie wieder in die Regierung eintrete. Ob und unter welchen Bedingungen das geschehen werde, darüber habe niemand anders als die Partei selbst zu entscheiden. Die jetzige Regierung solle sich darüber klar sein, daß die Regierbarkeit der jetzigen Regierung des Abkommens von Spa nach den Überlegungen nicht auf die Dauer bestehen werde, wenn nicht endlich Ernst gemacht werde mit der Sozialisierung des Bergbaus.

### Die Bewegung der deutschen Eisenbahner

Berlin, 7. Dez. Die Verträge des Deutschen Eisenbahnerverbandes, eine tarifmäßige Erhöhung der Löhne herbeizuführen, haben erreicht, daß morgen im Reichsbahn mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen verhandelt wird. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird gleichfalls morgen zu einer Sitzung zusammenzutreten.

### Die Forderungen der Staatsbeamten

Berlin, 7. Dez. Der Gesamtverband der deutschen Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen, der dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Forderungen überreicht: Allgemeine Erhöhung des Löhneerhöhungsmaßstabes für sämtliche Beamten.

Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien. Besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinland, Westfalen, Sachsen und Oberschlesien. Sofortige Antragsstellung des neuen Ortsklassenverzeichnisses in der Weise, daß vornehmlich für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einteilung finanziell wirksam gemacht wird.

Ausgleich der Beträge nach der Wechnachten. Unterhaltung der Betriebszulagen. Umänderung des § 35 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichsgutachter verlangten Weise.

Der Gesamtverband verweist auf den Genf der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche. Berlin, 7. Dez. (Privat.) Die mehrheitssozialistische Fraktion beschloß gestern, zu der Debatte über die Erhöhung der Löhneerhöhungsmaßstabes für die Beamten einen Änderungsantrag zu stellen, der auch eine Erhöhung der Zuschläge zum Grundlohn und Ortszuschlag bis zur Grenze von 8500 M. Grundlohn vorsieht. — Wie der „Vorwärts“ hört, wollten die Regierungsparteien ihrerseits eine mögliche Erhöhung des Zuschlages zum Grundlohn und zum Ortszuschlag beantragen, allerdings sollten, so schreibt das Blatt, die unverheirateten Beamten vollständig leer ausgehen.

### Russisch-polnische Verhandlungen

Warschau, 7. Dez. Die polnische Regierung hat der Sowjetregierung den Vorschlag gemacht, einen Vertrag festzusetzen, bis zu welchem der endgültige Friedensvertrag zwischen Rußland und Polen unterzeichnet sein muß. Die Sowjetregierung begrüßt erfreut den Gedanken der polnischen Regierung, den Gang der Friedensverhandlungen zu beschleunigen umsonst, als eine Verzögerung der Verhandlungen durch das verspätete Eintreffen der Hauptmitglieder der polnischen Delegation in Riga eingetreten ist. Militärische Garantien könnten Rußland und die Ukraine nicht bieten, solange sie nicht die entsprechende Garantie aller feindlichen Regierungen erhalten hätten.

### Russische Gefangenenlager für Beamte

Kopenhagen, 7. Dez. Deringste Tidende meldet aus Helsinki: Die russischen Sowjetregierungen teilen mit, daß es jetzt in Rußland 84 Gefangenenlager gibt, in denen sich 89 000 höhere Beamte, Offiziere, Polizeibeamte usw. aus der Zwischenzeit befinden. Vor einem Jahr gab es 21 Gefangenenlager mit 16 000 Gefangenen.

### Die Putsch-Gewerkschaft

Von Georg Udo, Mitglied des Reichswirtschaftsrats

Gelegentlich des Rapp-Putsch, der am 13. März dieses Jahres seinen Anfang nahm und der unermeßliches Unglück über Deutschland brachte, konnte festgestellt werden, daß maßgebende Mitglieder des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes sich in den Dienst dieser hochverräterischen Aktion gestellt haben. Es ist zweifellos, daß sich in vielen deutschen Städten, nicht zuletzt auch in Berlin, eine große Zahl von Mitgliedern des D. N. H. der sogenannten „Stapp-Regierung“ zur Verfügung stellte. In Berlin zogen schon am Tage des Einrückes der meuternden Truppen Beamte des D. N. H. mit schwarz-weiß-roten Fahnen die Straße Unter den Linden entlang und der jetzige Reichstagsabgeordnete von Stinnes-Grahn, Thiel, der in leitender Position beim D. N. H. tätig ist, beehrte sich, der Stapp-Regierung einen Besuch abzustatten.

Alle diese Dinge sucht der D. N. H. abzutreten oder, wie z. B. den Besuch des Herrn Thiel bei der Stapp-Regierung, möglichst harmlos hinzustellen. Je mehr man aber die Entwicklung des D. N. H. verfolgt, je deutlicher zeigt es sich, daß der D. N. H. seine ganze Organisation in den Dienst unmitteilerlicher gegenrevolutionärer Bestrebungen gestellt hat.

Im Mai d. J. hat der Gau Brandenburg des D. N. H. Richtlinien verschickt, die er seinen „vertrauensvollen“ Mitgliedern „streng vertraulich“ übermittelte. Die Richtlinien enthalten einen genauen Kriegsplan für die Mitglieder des D. N. H. Der Plan ist bis ins kleinste gegliedert und will den Zweck erreichen, bei einem neuen nationalsozialistischen Putschunternehmen die Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter zu zerhacken und einen eventuellen Generallauf durch organisierten Streikbruch und gegebenenfalls durch Sabotage unwirksam zu machen. Man sieht sich nicht, in den Richtlinien zum rückwärtslosesten Schritt aufzurufen, aber nicht zum Kampf gegen die nationalsozialistischen Eißbrecher, sondern gegen die Arbeiter und Angestellten, die einen neuen Gewaltstreich abzuwehren versuchen. In den sehr umfangreichen Richtlinien heißt es u. a.:

1. Sofort bei Beginn eines solchen Streiks ist dem Arbeitgeber zu sagen, daß wir arbeitswillig sind, daß er uns aber klipp und klar zu sagen hat, in welcher ausreißenden Weise er uns zu schützen gedenkt. Von Anfang an wird verlangt, daß wir spätere Arbeiter- oder sonstige Gerüchte nicht anerkennen und uns diesen auch nicht fügen.

2. Beginn auch nur der geringste gewalttätige Terror gegen uns, wird sofort in allen Betrieben und Werken die Arbeit vollständig niederzulegen.

Es ist strikte verboten, daß irgend ein Rohbureau auch nur einen Federstrich macht. Die Rohbüreaus haben die Unterlagen für die Lohnberechnungen so zu „fertigen“, daß kein Ansehenhebender, auch nicht Profiteure und Direktoren, sich durchfinden. Die überlassen der Findelei unserer Kollegenschaft die Art, wie sie diese Belege und Urkunden machen wird.

3. In Industriebezirken oder Werken des Bergbaues, wo die Artikel für Lebensbedürfnisse in Verteilungstellen veranlagt werden, hat die Kollegenschaft gleichfalls sofort vollständig die Arbeit niederzulegen. Unterlagen über Lagerorganisation und Bestände verschwinden sofort. Der Betrieb ruht völlig, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebe gestürzt werden. Am so eher tritt das Bedürfnis nach geordneter Versorgung wieder ein. Im übrigen wird versucht, den Kleinhandel zur Schließung der Geschäfte zu veranlassen. Der nötige Druck kann dahinter gesetzt werden. Die besonderen Anordnungen darüber bitten wir einzufordern, wo die Verhältnisse das bedingen.

Genso ist anzustreben, daß in solchen Gebieten oder Bezirken, in denen die Kollegenschaft den Einkauf und das Anrollen der Lebensmittel unter sich hat, Dispositionen getroffen werden, daß selbst wenn die Bahn nicht streift, kein Baggage Lebensmittel in den Bezirk rollt, ehe nicht die Sachlage nach unseren Wünschen geklärt ist. Wenn man nicht selber mit dem Personal der Lieferungsfirmen in Verbindung steht, ist Verbindung durch unsere Geschäftsstellen aufzunehmen. Die Maßnahmen sind bereits durchzuführen, wenn der Terror beginnt.

Die ganze Lebensmittelversorgung steht also still. 4. Expeditionen: Es versteht sich am Rande, daß Lagerbestellungen oder sonstige Arbeiten in der Expedition, selbst fertig verpackte Sendungen liegen bleiben. Die „Sortierung“ der vorhandenen Unterlagen ist gleich so vorzunehmen, wie in den Lohnbüreaus. Außenstehende dürfen sich in nichts zurechtfinden.

5. Kaszengeschäfte: Wir geben über die Handhabung dieses Teiles unserer Tätigkeit noch besondere Richtlinien heraus.

6. Lehrlinge müssen gleichfalls aus den Betrieben. 7. In jedem Bezirk — Ortsgruppe — mehrere Ortsgruppen zusammen — jedem Bezirk — bilden sich sofort Leitungsausschüsse, die unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Organisation durchzuführen.

8. Wiederaufnahme der Arbeit: Das ist die Hauptsache! Wir lassen uns weder von der Arbeiterschaft, noch von der Wfa, noch von den Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit kommandieren.

Diese Richtlinien reden eine gar deutliche Sprache und sie bedürfen wirklich keines besonderen Kommentars. Unsere Mitglieder werden nur aber auch wissen, was auf die Schulmeierei der Deutschnationalen über angebliche Sabotageakte der freierwerbschaftlichen Arbeiter und An-

6  
Blech  
Bezahl-  
Be 4.  
20  
217  
Tanz-  
Abenda-  
Orden  
en  
üller  
ung  
str. 235  
866.  
abends  
hl, eine  
ung  
6822  
reiner-  
meinde  
ehl.  
ren.  
rogenen  
1-430  
on vor-  
Bennet  
0.90 M.  
brichts  
Bentner  
Preis  
reicht  
ten.  
Keller  
3269



gestellten zu geben ist! Die freien Gewerkschaften haben sich stets gegen jede Sabotage ausgesprochen. Im Kampf gegen die Interessen des arbeitenden Volkes ist über dem D. S. V. selbst dieses Mittel recht; seine nationalsozialistische Anschauung läßt ihm jedes Mittel anwendbar erscheinen.

Auch das Verhalten des Abgeordneten Lambach auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der Ende Oktober d. J. in Hannover toste, liegt durchaus in der Linie der Entwicklung des D. S. V. zu einer Schutzzruppe aller rücksichtslosen Bewegungen Deutschlands. In seiner Rede „Unser Weg zur deutschen Volksgemeinschaft“ sprach Herr Lambach lang und breit über die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit zwischen Arbeitnehmern und Kapitalisten. Er leugnete den Gegensatz der Klassen und will die Hebung der Lage der Angestellten auf dem Wege des Ausgleichs erwirken. Er will die Angestellten mit kleinen Aufbesserungen oder mit geringer Beteiligung am Betriebe vom Kampfe um die Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus abhalten. Er weiß nichts von den Kriegergewinnen der Kapitalisten und von der immer größer werdenden Verelendung der Arbeiter und Angestellten. Ihm ist die Durchsetzung der parteipolitischen Anschauungen der Deutschnationalen Volkspartei die Hauptaufgabe, und es ist klar, daß man mit den Großhändlern und Großindustriellen dieser Partei keine wirkliche Arbeiterpolitik treiben kann. Verlangt also der Parteitag des Herrn Lambach vollständig in der Wahrnehmung der Interessen der Angestellten, so trat er um so entschiedener für ein starkes Kaffertum ein und da Herr Lambach Mitglied der Hauptverwaltung des D. S. V. ist, so zeigt auch dieser Fall, daß der D. S. V. der Hort aller reaktionären Bestrebungen ist und daß sein Titel „Handlungsgehilfengewerkschaft“ nur für den Gimpelgang berechnet ist.

Zur gleichen Zeit als der D. S. V. durch sein Verwaltungsverfahren Lambach sein Bekenntnis zum starken Kaffertum ablegen ließ, drangen aus Chemnitz Nachrichten in die Öffentlichkeit, die da beweisen, daß in Sachen umfassende Vorbereitungen für einen Rechtsputsch getroffen sind. Der Plan ist bereits bis in alle Einzelheiten fertiggestellt. Was an diesem gemeingefährlichen Plan am meisten interessiert, ist die Tatsache, daß zu den Vereinigungen, die sich der Antichorranian „Stahlhelm“ angegliedert haben, nach dem Bericht der „Chemnitzer Volksstimme“, auch der D. S. V. gehört.

Die angeführten Tatsachen sprechen für sich selbst! Wer die vorliegenden Zeilen unbefangen liest, wird den Beweis für erbracht ansehen, daß der D. S. V. den Namen „Gewerkschaft“ nur als Aushängeschild betrachtet. Er ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine parteipolitische reaktionäre Kampforganisation gegen die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Republik. Er will uns wieder in das alte Feudalverhältnis zurückstoßen. Anstatt gegen die Macht des Kapitalismus anzustürmen, unterstützt er sie in jeder Weise. Anstatt friedlich am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, fördert er alle Bestrebungen, die zu einer gewalttätigen Umwälzung und damit zu neuen Erschütterungen führen müssen.

Diese Erkenntnis über das wahre Wesen des D. S. V. gilt es überall zu verbreiten.

### Nicht mehr ohne Betriebsräte

Die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“ in Essen schreibt: „Eine bedeutende Aufgabe haben die Betriebsräte zu erfüllen. Die Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung auf den Werken gemacht hat, berechtigen zu den besten Hoffnungen. Viele Verwaltungen haben es offen ausgesprochen, daß sie die Betriebsräte nicht mehr missen möchten. Die Mitglieder dieser Stellen sind sich im allgemeinen ihrer Verantwortung voll bewußt und bilden ein wertvolles Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung. Die großen Unkosten, die den Werken daraus erwachsen, daß die Betriebsratsmitglieder für ihre eigentliche berufliche Tätigkeit kaum noch in Betracht kommen, machen sich auf andere Weise bezahlt. Da es den Verwaltungen nicht möglich ist, an den langen Beratungen der Betriebsräte immer selbst teilzunehmen, ist man bestrebt,

geeignete, volkswirtschaftlich gebildete Kräfte heranzuziehen, die wiederum zwischen Betriebsräte und Verwaltung die Verbindung herstellen sollen.

Man soll sich daher durch die Forderungen der radikalen Blätter über die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht betören lassen. Es ist festzustellen, daß diese Unzufriedenheit ganz erheblich nachgelassen hat. Die Arbeit in der Industrie nimmt im allgemeinen einen geregelteren Verlauf und ein großer Teil der vorgenommenen Streikaktionen wird ohne das Dazwischentreten der Verwaltungen durch die Betriebsräte zur Zufriedenheit beider Teile erledigt.

Vor diesem offenen und ehrlichen Zustand müssen sich alle die wüsten Behauptungen der rechtsstehenden Presse verziehen. Es ist ganz klar, und keine Verleumdung der Arbeiterschaft vermag das gegenteil zu ändern, daß, wenn Deutschland sich langsam wieder emporarbeitet, es das nicht in letzter Linie der selbstlosen Arbeit der Arbeiterschaft zu verdanken hat. Das hat erst kürzlich Reichsminister Brüning in seinen Reden in Düsseldorf und Köln ausgesprochen. Hier wird es nun auch von Unternehmern bestätigt.

### Millionenverwendungen

Das Mitglied im Reichstag zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium, der Berliner Spezialarzt Dr. Dreyer, berichtet über Verwendungen in den Anträgen Professor Blaschke von den Landesversicherungsanstalten bezüglichen und von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (die 150 000 M. Subvention jährlich vom Reich erhält, obwohl sie die Krankheiten zwar bekämpft, aber nicht vermindert, da sie auf rund 6 Millionen gestiegen sind) und von der Regierung empfohlenen sogenannten Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Eine Verbindung findet nicht statt. Was kostet nach Dr. Dreyer dem Staate eine derartige Beratung an den Beratungsstellen, an denen meist Günstlinge der genannten Gesellschaft, wie zum Beispiel in Berlin deren Generalsekretär Professor Pinkus, mit Gehalt angestellt sind? Dr. Dreyer schreibt darüber den „N. N.“:

Am 1. April wurden 1919 in Deutschland 138 Beratungsstellen gezählt, bei denen nur 100 361 Personen (bei 6 Millionen Einwohnern) gemeldet wurden. Die Bezüge betragen sich kaum daran. Demnach wurden bei jeder Beratungsstelle nur rund 720 Personen beraten. In Weissenhof waren 16 Beratungsstellen, diese kosteten 1919 555 000 M. Für 1920 sind eine Million Mark dafür vorgesehen, das heißt alle zusammen verschlingen rund 8 Millionen, das heißt bei 100 000 Besuchern kostet jede Beratung rund 70 bis 80 M. Dazu kommen noch die viel höheren Kosten für die Behandlung.

Das ist eine Verschwendung, die in dem berarnten Deutschland geradezu zum Himmel schreit. Dabei erlassen die Landesversicherungen einen Aufschub zur Sparmaßnahme. Hier kann nur der von der Preussischen Landesversammlung beschlossene Disziplinismus, das heißt die Beratung und Behandlung durch jeden deutschen Arzt Abhilfe schaffen. In dem neuen Regierungsgesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind aber die Beratungsstellen als Anlaufpunkt des ganzen Gesetzes festgelegt.

### Die Gefahr der Gröhe

Der Einigungsparlamentarier der K.P.D. und der linken U.S.P. zeigt noch einmal deutlich, warum feinerzeit in Halle die Spaltung der U.S.P. von den Abgeordneten Moskau mit allen Mitteln forciert wurde. Die K.P.D. war bis heute ein hoffnungsloses, feines Gruppchen, ohne Aussicht, aus sich selbst heraus es zu irgend etwas zu bringen. Ob das an der totalen Unfähigkeit ihrer Leitung oder der Wirren der von ihr vertretenen Gedanken lag, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls haben die Moskauer Gewaltigen, daß es so nicht weiter gehen und ihr deutsche Filiale vom Grund auf saniert werden müßte, wollte man den vollen Bankrott vermeiden.

Das Blut zu dieser Gefundungsstunde wurde der U.S.P. abgezogen. Sie mußte die bisher fehlende Masse stellen. Es ist sehr interessant, daß bei dem Zusammenstoß der beiderseitigen Vermögen die linke U.S.P. sechs Siebentel einbringt, nämlich 490 000 organisierte Mitglieder. Die K.P.D. feuert zur halben Million nur 70 000 zu. Aber es wird hier schon gehen, wie in der berühmten Handwerkskammer, wo der eine Sojus sein Vermögen einbringt, der andere seine Erfahrung. Nachher hat der zweite das Vermögen und der erste die Erfahrung. Moskau wird die deutsche Sache so führen, daß die K.P.D. die Aufsicht über die vereinigte Partei behalten, und wenn sie erst einmal die organisierte Mitglieder unter sich haben, dann wird man den Führern von der linken U.S.P. bedeuten, daß sie nun überflüssig geworden sind.

Euch. Doch Merich ließ sich nicht irren machen, sondern zog die Schuld samt Zinsen von ihren schönen Lippen ein.

Der alte Herr von Lichtenstein sah bei dieser Szene finster bald auf den Herzog, bald auf seine Tochter; vielleicht mochte ihm Merich von gutem Willen sein, denn seine Blide streiften auch ängstlich auf seinen Schwager. Der Komler Ambrosius Holland aber schaute mit häßlicher Schandenfreude aus den grünen Augen auf den jungen Mann. „Hi, hi,“ rief er ihm zu, „ich liebe meinen Becher auf gutes Wohlsein. Eine schöne Frau ist eine gute Wittfrau in aller Not; manige Frau, die merich wertig, schätzbarer Herr; hi hi!“ er ist ja auch was Unschuldigst, solange es vor den Augen des Ehemanns geschieht.

„Allerdings,“ Herr Komler,“ erwiderte Georg mit großer Ruhe. „Am so ungeschicklich, als ich selbst dabei war, wie meine Frau seiner Durchlaucht diesen Tanz zusetzte. Der Herr Herzog verbrach beim Tanz für uns zu bitten, daß er mich an seinem Ehemann annehme, und bedung sich dafür diesen Lohn an unjermem Hochzeitstage.“

Der Herzog sah den jungen Mann mit Staunen an; Marie erstarrte von neuem, den sie mochte sich jene ganze Szene ins Gedächtnis zurückrufen; aber keines von beiden widersprach ihm, sei es, weil sie es für ungeschicklich hielten, ihn Augen zu strafen, sei es, weil sie dachten, er könne sie belauscht haben. Aber Merich konnte doch nicht unterlassen, ihn heimlich an die nähere Umstände zu befragen; er leitete sie ihm in wenigen Worten mit.

„Du bist ein sonderbarer Knaut!“ flüsterte der Herzog lachend. „Was hättest du denn gemacht, wenn die damals ein Mädchen erobert hätten?“

„Ich konnte Euch noch nicht,“ flüsterte Georg ebenso leise, „denn hätte ich Euch auf der Stelle niedergeschlagen und an die nächste Fische aufgehängt.“

Der Herzog blickte sich in die Lippen und sah ihn verwundert an; dann aber drückte er ihm freundschaftlich die Hand und sagte: „Da hättest du alles Recht dazu gehabt, und wir waren in unseren Sünden abwesend.“ — Doch siehe, da bringen sie wieder Spenden für die Brant.

Es erschienen jetzt die Diener der Ritter und Wehn, die zur Hochzeit geladen waren, die trugen allerlei seltsamen Hausgeräts, Laffen, Stoff zu Kleidern und dergleichen; man wußte zu Stuttgart, daß es der Beibling des Herzogs sei, dem dieses Fest gelte, denn hatte sich auch eine Gesellschaft der Bürger eingestellt, ehrsame, angesehene Männer in schwarzen Kleidern, kurze Schärpen an der Seite, mit kurzen Haaren und langen Fäßen. Der eine trug eine aus Silber getriebene Helmkrone, der andere einen Gumpen aus demselben Metall, mit

Horst freilich hat man die erlebte Masse. Aber die Masse birgt auch eine politische Gefahr. Als Nationalen, die sie doch fern wollen, werden die Kommunisten den Tag kennen, wonach die Luanität in Qualität umschlagen. Das gilt auch von politischen Seiten. Als unbedeutendes verantwortungsloses Häuflein konnte sich die K.P.D. den Luxus jeder wilden Opposition und reinen Verneinungspolitik gestatten. Aber mit der jetztigen Zunahme wird ihr das sehr erschwert, denn in der Demokratie wächst mit der Größe einer Partei ihre Verantwortung. Schon sehen wir in Sachen, wie die Beteiligung an den Wahlen und ein — an sich noch recht geringfügiger — Wahlerfolg die Kommunisten zwingt. Wasser in den feurigen Wein ihres Radikalismus zu gießen. Während ihre Grundfäße es ihnen zur Pflicht machen, im Parlament, lediglich wilde Opposition zu treiben, haben sie sich in Sachen doch bereit erklären müssen, eine unabhängig-sozialdemokratische Regierung zu unterstützen. Sie konnten eben nicht wagen, durch bloße Opposition die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen, daß eine solche Regierung nicht zustande kam.

Wie wird die weitere Entwicklung gehen, Entweder die Entwicklung zwingt die Kommunisten mit steigender Größe immer mehr das zu betreiben, was sie als „Opportunismus“ geschmäht haben, so lange sie klein waren oder aber eine gänzlich verantwortungslose Politik wird den Kommunisten sehr rasch die Größe wieder nehmen, die sie jetzt auf dem Wege der Verschmelzung sich fürs erste gesichert haben. Ein Drittes kommt nicht in Frage.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 7. Dezember.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 11 Uhr. Der Entwurf eines Mahonfeuergesetzes wird dem Ausschuss überwiesen. Das Haus legt sodann die zweite Beratung des Reichshaushalts beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft fort.

Herr Blum (N.): Die gestrige Debatte ließ die Ruhe und Würde vermissen. Die Minister sollten ihre Verantwortlichkeiten nicht zur Stärkung der Autorität der Regierung dienen. Der vorhandene Kulturboden muß mit allen Mitteln verbessert werden. Es ist dieses Jahr nur ein Drittel Getreide weniger abgeerntet worden als im Vorjahre. Es ist auch lange nicht alles gedroschen wegen Kohlenmangels und aus anderen Gründen. Die Einschätzung der Ernte sollte den Bauern selbst überlassen werden. Der Anreiz zur Ablieferung muß gehoben werden. Der Minister verdient Dank für die Auflösung von 35 Kriegsgesellschaften. Der Fleischbedarf muß in seinen notwendigen Grenzen unter Berücksichtigung der derzeitigen Preise sichergestellt werden, vielleicht durch eine freiwillige Aktion der Landwirtschaft. Die Hübenwirtschaft muß gegeben werden. Die hochentwickelte Delinquenz des Schutzes, weil dadurch der Futterbedarf herabgesetzt und mehr Milch frei wird.

Herr Krüger (D.): Die deutsche Landwirtschaft darf nicht über einen Stamm gespart werden. Öfen und Weiten, Groß- und Kleinbetriebe haben berechnete Ertragsbedingungen. Daß die Jünglingswirtschaft abgebaut werden muß, darüber sind wir uns wohl alle klar. Die Freigabe wird eine Verbesserung und Verbilligung der Lieferungen zur Folge haben, aber erst, wenn die neuen Verhältnisse sich auswirken haben. Die Ernährungsschwierigkeiten werden sich zunächst noch steigern, was auch mit der Düngemittelknappheit und der Trockenheit zusammenhängt. Bei der Erfassung des Brotgetreides empfiehlt sich das Umlageverfahren. Die Saferpreise sind gestiegen, aber der Landwirt hat nichts davon. Der Mischmangel beruht zum großen Teil auf dem Mangel an frischem Futter. Die Milchpreise sind noch viel zu niedrig, wenn man den Nährwert der Milch mit dem Nährwert des Viehes vergleicht. Der Antrag der Sozialdemokratie und die Rede Braun zeigen, daß die Sozialdemokraten auf agrarpolitischen Gebieten Fortschritte gemacht haben.

Herr Duschke (D.): Wir müssen unsere landwirtschaftliche Produktion stärken, um uns vom Ausland unabhängig zu machen. Innerhalb des Düngekreises sollte man an dem Preise nichts ändern; aber man sollte daran denken, daß Preis nach dem 1. Mai zu regeln. Phosphorsäure muß einmehrt werden. Er frage, ist es richtig, daß die Rentierung hierbei ihre Unterstützung zugestimmt habe? Die Sozialisierung der Düngemittelproduktion würde eine Vertierung derselben herbeiführen. Jeder Landwirt, der nicht seine Schuldbiligkeit im Interesse des Volkes, muß an den Braner gestellt werden. Vielleicht ist die Ernte an Brotgetreide schlecht, aber der letzte Rentner überflüssigen Hengens muß abgeliefert werden. Der Ruder muß unter Jünglingswirtschaft bleiben, weil man die Jüngerindustrie noch nicht den Schwankungen des Weltmarktes aussetzen darf. Der Reichstag muß über die Millionenemne der Kriegsgesellschaften verfügen zum Nutzen der Allgemeinheit.

eingesetzten Schaumünzen geschmückt. Sie nahen sich ehrerbietig an den Herzog, verbeugten sich vor ihm und traten dann zu Georg von Sturmfeber.

Sie verbeugten sich lächelnd auch vor ihm, und der mit dem Gumpen hob an:

Gegrüßt sei das Ehepaar  
Und leb' zusammen noch manches Jahr;  
Am eich zu fristen langes Leben,  
Mit Stutthart euch ein Kränlein geben.  
Des Lebens Tränkein ist der Wein.  
Komm guter Gefelle, schenk' mir ein.

Der andere Bürger noch aus der Pfalze den Gumpen hob und sprach, während der erste trank:

Von diesem Tränkein steht ein Maß  
Vor eurer Wohnung auf der Gasse;  
Es ist vom besten, den wir haben;  
Er soll euch Leib und Seele laben;  
Er geb' euch Mut, Gesundheit, Kraft;  
Das wünscht euch Stuttharts Bürgerchaft.

Der erstere hatte indessen ausgesprochen, füllte den Becher von neuem und sprach, indem er ihn dem jungen Manne hingab:

Und wenn ihr trinkt von diesem Wein,  
Soll euer erster Trinkspruch sein:  
„Es leb' der Herzog und sein Haus!“  
Ihr trinkt bis auf den Boden aus;  
Dann schenkt ihr wieder frischen ein;  
„Hoch leb' Sturmfeber und Lichtenstein.“  
Und läßt euch noch eins zu trinken,  
Wägt ihr an Stuttharts Bürger denken.

Georg von Sturmfeber reichte beiden die Hand und dankte ihnen für ihr schönes Geschenk; Marie ließ ihre Weiber und Mädchen grüßen, und auch der Herzog begreite sich ihnen gnädig und freundlich. Sie legten den silbernen Becher und die Krone in den Stab zu den übrigen Gefechen und entfernten sich ehrbaren und festen Schrittes aus der Tür. Doch die Bürger waren nicht die letzten gewesen, welche Gefechte gebracht hatten; denn kaum hatten sie die Halle verlassen, so entstand ein Geräusch an der Türe, wo die Landbesuche Waide hielten, das selbst die Aufmerksamkeit des Herzogs auf sich zog. Man hörte viele Männerstimmen fluchen und beschellen, dazwischen ertönten hohe Weiberstimmen, von denen besonders eine, die am festigsten klang, der Gesellschaft am obersten Ende der Tafel sehr bekannt schien.

(Fortf. folgt.)

### Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

„Mögen auch diese Weiber, wenn sie bei den Hochzeiten eurer Kinder, bei den Traufen eurer Enkel kreisen, mögen sie euch an einen Mann erinnern, dem ihr beide im Unglück Liebe und Treue bewiesen, an einen Fürsten, der im Glück euch immer gemogen und zugehan ist.“

Georg war überrascht von dem Reichtum der Geschenke. „Euer Durchlaucht beschämen uns,“ rief er; „wollte ihr Liebe und Treue belohnen, so wird sie nur zu bald un Lohn sein.“

„Ich habe sie selten rein gefunden,“ erwiderte Merich, indem er einen unmutigen Blick über die lange Tafel hinwarf und dem jungen Mann die Hand drückte; „noch seltener, Freund Sturmfeber, hat sie mir Probe gehalten, drum ist es billig, daß wir die reine Treue mit reinem Golde und edle Liebe mit edlen Steinen zu belohnen suchen. Doch wie, Eure schöne Frau verzieht Tränen? Ich weiß die Quelle dieses Haren Traues, es ist die Erinnerung an unser bitteres Geschick, die wir selbst herausgeschworen haben. Hinweg mit diesen Tränen, schone Frau; am Hochzeitstag ist es kein gutes Zeichen. Doch mit Verstand Eures Chehern will ich jetzt eine alte Schuld eingehen. Ihr wißt noch, welche?“

Marie erstarrte und warf einen forschenden Blick nach Georg hinüber, als fürchtete sie, jenes alte Uebel, das sie oft kaum zu beschwören vermochte, möchte wiederkehren. Georg wußte recht wohl, was der Herzog meine denn jene Szene, die er hinter der Türe belauscht, war ihm noch immer im Gedächtnis, doch er fand Gefallen daran, den Herzog und Marien zu wecken, und antwortete, als diese noch immer schwieg: „Herr Herzog, wie sind jetzt zusammen ein Leib und eine Seele, wenn ich meine Frau in frühem Jahren Schulden gemacht hat, so steht es mir zu, sie zu bezahlen.“

„Ihr seid zwar ein hübscher Junge,“ entgegnete Merich mit Lächeln, „und manches unserer Kräuken hier am Tische möchte vielleicht gerne einen solchen Schuldbrief an Euren schönen Mund einzuordnen haben; mir aber kann dies nicht frommen, denn meine Arkunde lautet auf die roten Lippen Eurer Frau.“

Der Herzog stand bei diesen Worten auf und näherte sich Marien, die bald errotend, bald erbleichend ängstlich auf Georg herüber sah. „Herr Herzog,“ flüsterte sie, indem sie den schönen Raden ausdug, „es war der Schatz; — ich bitte











**Berichtszeitung**

**Kirchbaumbätter als Zigarreneinlage**

Vor dem Mannheimer Bürgergericht hatten sich der verheiratete Kaufmann Leopold Schmelzer zu verantworten, der Ende 1918 mit dem Buchdruckermeister Henke in Dresden 50.000 Zigarren für die dortigen Zigarrenfabriken lieferte. Eine Prüfung ergab, daß die Zigarren ein ganz minderwertiges Fabrikat waren. Von dem Zigarrenfabrikanten, von dem der Angeklagte Schmelzer die Zigarren zu beziehen wünschte, verlangte er, daß Kirchbaumbätter für die Zigarren benutzt werden. Nun wurde allerdings diesem Verlangen nicht stattgegeben, die Zigarren waren aber immer noch so schlecht, daß nach Aussagen eines Sachverständigen, wenn die Betroffenen und Kranken die Zigarren zu rauchen bekommen hätten, sie nicht mehr lebend aus dem Lazarett gekommen wären. Die Zigarren waren vielleicht 120 M das Tausend wert und wurden von dem Angeklagten für 850 M verkauft. Das Gericht verurteilte Schmelzer zu 4 Monaten Gefängnis und 20.000 M Geldstrafe. Erst jüngst war er wegen ähnlicher Schiebereien zu zwei Monaten Gefängnis und 8000 M Geldstrafe verurteilt worden.

**Die Moral in der bürgerlichen Gesellschaft**

Vor dem Schwurgericht in Götting fand die Verhandlung gegen eine Müllerstochter statt, die wegen Ermordung eines Hauptmanns angeklagt war. Nach jahrelanger freier Gemeinschaft erlachte der Hauptmann während des Krieges, er könne das Mädchen nicht heiraten und nahm eine Dame der „Gesellschaft“ zur Frau. Er besah die große Geschmackslosigkeit, seine Frau mit dem Mädchen zusammenzubringen, und diese hatte die Absicht, das Mädchen als Dirne zu beschimpfen. Hierauf reiste in der Verhöhrzeit der Entschluß, den Hauptmann und sich selbst aus der Welt zu schaffen. Sie erschloß den Hauptmann, während der selbstmörderische Schuß sie nur schwer verletzte. Die Geschworenen verneinten in Anbetracht des zehnjährigen Liebesgüdes der Angeklagten sämtliche Schuldfragen und diese wurde freigesprochen. Bemerkenswert sind die Worte, mit denen der Staatsanwalt ein Urteil über die Moral der bürgerlichen Gesellschaft abgab: „Das ist die Privatsache der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sie die Mädchen der Arbeiterklasse oder der niederen Klassen als wahlfreie Objekte ihrer Sinnlichkeit und ihrer nimmermüden Begehrlichkeit ansieht. Das ist der Fluch, dem es zuzuschreiben ist, daß die Welt auch heute noch nicht besser geworden ist. Und das ist die Charakterlosigkeit, die heute noch ihre Stützen in der bürgerlichen Gesellschaft sucht und findet.“

Wir haben es nicht oft erlebt, daß ein öffentlicher Ankläger so mutige Worte zur Charakterisierung der bürgerlichen Moral fand.

**Kleine Nachrichten**

**Frankfurt a. M., 7. Dez.** Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus München-Glabbeek: Heute haben 25.000 Arbeiter der Textilindustrie des Münchener-Glabbecker Bezirks die Arbeit niedergelassen. Ihre Lohnforderungen waren bewilligt worden, die Einführung der 10stündigen Arbeitswoche jedoch nicht.

**Köln, 6. Dez.** Wie der „Kölnischer Anzeiger“ meldet, sind heute früh die Metallarbeiter in Köln in den Ausstand getreten. Von dem Streik wird voraussichtlich die ganze metallurgische Metallindustrie betroffen werden.

**Berlin.** Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Wien meldet, hat sich die holländische Regierung bereit erklärt, 3000 österreichische Staatsbeamte für Eisenbahnzwecke zu übernehmen. Zahlreiche Beamte haben sich bereits gemeldet.

**Danzig, 7. Dez.** Am Samstag ermordete in Langfuhr der Pfälzische Kaufmannsicherungsrat Erich Lange, Sohn eines Eisenbahnarbeiterkreises, seine Mutter in der oberirdischen Wohnung durch Erhängen mit einem Handtuch. Der Täter lebte mit seinen Eltern in Anjrieden. Er wurde festgenommen und ist geflüchtet.

**Wien, 7. Dez.** Die Metallarbeiter hielten gestern auf dem Schwarzenberger Platz eine Versammlung ab. Sie gerätunmerten durch Steinwürfe die Fensterläden mehrerer Cafehäuser. Ein Steinwurf traf das gerade vorbeifahrende Automobil des französischen Generals Gallier, der mit seiner Frau von der französischen Gesandtschaft kam und verletzte Frau Gallier. Der General fuhr mit seiner Frau zur Gesandtschaft zurück, wo diese ärztliche Hilfe erhielt.

**Letzte Nachrichten**

**Die Postbeamten**

**Berlin, 8. Dez.** (Privattelegramm.) Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat die passive Resistenz der Postbeamten auch auf Frankfurt a. M. übergriffen. Ebenso haben die Postbeamten in Heilbronn erklärt, daß sie wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen nur das allernotwendigste Maß von Arbeit leisten werden.

**Karlsruhe, 7. Dez.** Der Aktionsausschuß der Postgewerkschaft schreibt uns: Die in die Presse gelangte Mitteilung, der Aktionsausschuß der Postgewerkschaft Karlsruhe habe vor der Aufgabe der von den Postbeamten und Angestellten in den letzten Tagen ausgeführten passiven Resistenz ist nicht richtig, da die Postbeamten gar keine passive Resistenz ausübten und auch bis jetzt gar keine ausüben. Die Karlsruher

**Daxlanden.** In einer sehr gut besuchten Versammlung konnte Genossin Müller aus Karlsruhe am Samstag abend den Bericht vom badischen Parteitag erhalten. Ihre Ausführungen führten uns den Verlauf des Parteitages so richtig vor Augen, daß man ein anschauliches Bild von den Verhandlungen gewinnen konnte. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Die Haltung des Parteitages wurde gebilligt. Da auch die Mietabgabe auf dem Parteitag mit behandelt wurde, so wurde sie auch bei uns mit besprochen. Dabei wurde angeregt, unsere Vertreter auf dem Parteitag mögen dafür sorgen, daß von denjenigen Mietern, welche jetzt gezwungenermaßen in sehr schlechten Wohnungen hausen müssen, keine Abgabe verlangt werden soll. Im allgemeinen war man mit der Mietabgabe einverstanden. — Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Erleichterung für Dr. Fiesl in den Stadtrat besprochen. Genossin Müller-Rüch machte noch die Mitteilung, daß wir im letzten Quartal wieder eine ganze Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten und sich unsere Mitgliederzahl im Bezirk Daxlanden seit der Revolution verdoppelt hat und schloß hierauf mit Worten des Dankes die sehr gut besuchte Versammlung.

**Francesc Mes,** die gefeierte Münchener Tänzerin, tritt heute, Mittwoch, 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Künstlerhaus zum ersten Male vor das Karlsruher Publikum. Karten bei Kurt Reußel, Waldstr. 39, und an der Abendkasse.

**Falsche Fünfsigmafälsche.** In letzter Zeit werden mehrfach falsche Fünfsigmafälsche hier angehalten. Die falschen Banknoten sind von den echten dadurch zu unterscheiden, daß in den gefälschten Scheinen auf der Rückseite am Rand unten und oben das Haar gezeichnet ist. Bei Prüfung auf die Echtheit nimmt man eine Nadel und kratzt ein Haar weg, ist das selbe echt, dann ist der Schein nicht gefälscht. Auch das Gesicht des Mädchens auf der Rückseite ist nicht scharf ausgezeichnet, sowie das Papier von schlechter Beschaffenheit.

**Weihnacht Karlsruhe am 7. Dezember.** Die Zufuhr betrug 180 Stück Vieh und zwar 60 Ochsen, 16 Kühe und 37 Ferkel, 11 Schafe und 47 Schweine. Die Preise für das Pfund Lebensgewicht bewegten sich zwischen 4 und 5,10 M bei Rindern, zwischen 7,50 und 8 M bei Schafen und bei Schweinen zwischen 16 und 17 M. Der Markt wurde geräumt.

**Die Bürgervereinigung der Weststadt** hält am Samstag 11. Dez., abends 8 Uhr im „Felsen“ eine Versammlung ab, in der Herr Bürgermeister Schneider einen Vortrag über „Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues“ halten wird. Alle Bürger der Weststadt sind eingeladen.

**(.) Abschiedsfeier.** Um ihren scheidenden Polizeidirektor (Weibel) hatten sich die hiesigen Polizeibeamten in einer sehr gut besuchten Vollversammlung am 20. 11. 1920 zu einer schönen Abschiedsfeier im Saale des Löwenrads versammelt. Die Herren Polizeikommissar Vuhles, 1. Vorkämpfer des hiesigen Polizeibeamtenvereins und Polizeikommissar Graf, 1. Vorkämpfer des Verbandes der Polizeibeamten Badens widmeten dem Scheidenden warme Worte der Anerkennung. Zu Ehren des Scheidenden spielte die aus Polizeibeamten bestehende Musikkapelle und wurden von der Gesangsabteilung des Vereins einige Nieder vorgetragen. Kamerad Fuchs brachte einige Gedichte in schwäbischer Mundart zum Vortrag und ferner wurden durch einen Gönner des hiesigen Polizeibeamtenvereins einige sehr einflussvolle Klavierstücke zu Gehör gebracht. Herr Polizeidirektor Weibel dankte in langer Ansprache den Vereinstatler der Feier und für die wertvolle Unterstützung, die er in seiner amtlichen Tätigkeit durch die musikalische Mitarbeit der Polizeibeamten erfahren habe. Mit dem Gedächtnis, gemeinsam am Aufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, zum Wohle der Allgemeinheit unseres Volkes, fand die sehr erhebende Feier ihren Abschluß.

**Volkshäuser Karlsruhe.** Ein Weihnachtsstück ist es, das die Volkshäuser ihren Besuchern für den Monat Dezember bereiten. „Sieg und Frieden“, eine Wiener Weihnachtskomödie in sechs Akten von Ludwig Angenberger. In Österreich ist Angenberger wohl der volkstümlichste Dramatiker. Wer weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus hat er sich auch schon lange bei uns eingebürgert. Wir zählen ihn zu den „deutschen Dichtern“. Das beliebte Volksstück ist seit vielen Jahren in Karlsruhe nicht mehr gegeben und ganz neu für die Volkshäuser von Rüdiger Heeg einstudiert, der wohl als Einziger der früheren Darsteller den Spielwarenhandler Hammer spielt.

**Galerie Woss.** Mit über 120 neuen Werken einzelner Künstler eröffnet die Galerie Woss, Kaiserstr. 187, schon ihre Dezember-Ausstellung. Es haben ausgestellt: H. Anhalt, A. Bärenfänger, G. Blum, G. Brenneisen, Ch. Busch, G. Crocoll, A. Dufault, W. Guler, O. Giffner, F. A. Brethner, A. Gebhard, O. Gräber, J. Graf, C. Hagemann, A. Hain, A. Haeften, W. Hempfing, L. Hoffsch, B. Hölzendorf, B. Hüfmeier, A. Jürg, J. Kahn, J. Kammerer, S. Keller, A. Krapp, S. Lotter, H. Long, C. Pfeifferle, L. W. Ploch, A. Probst, A. Rheinboldt, R. Rhein, G. Segewitz, S. von Volkmann, W. A. Wehrle, W. Boitz, W. Winkler-Scholl, F. Zehr, H. Durm, F. Dörz, S. Lotter.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. Dezember 1920**

Im Bereiche einer Tiefdruckrinne, die sich von den britischen Inseln südwestwärts erstreckt, ist das Wetter am weitesthin trüb geblieben und vereinzelt sind weiter geringe Niederschläge zu verzeichnen. Die Temperaturen, die nur wenig um den Gefrierpunkt schwanken, haben keine nennenswerte Änderung erfahren. Durch das Heranziehen neuer atlantischer Luftwirbel wird das nordöstliche Hochdruckgebiet lehren wesentlichen Einfluß erlangen. — Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht 12 Uhr: Meist bedeckt, streichweise noch geringe Niederschläge, nachts.

Postbeamten arbeiten genau nach den Dienstvorschriften. Wenn genau nach den Dienstvorschriften gearbeitet wird, tritt durch Verlangsamung in der Abwicklung der vorliegenden Arbeit Anhäufung der Briefschaften, Drucksachen, Pakete, Sendelieferungen usw. ein; letzteres ist auch schon bei den hiesigen Beamten in erheblichem Maße geschehen.

**Eine antilige Erklärung**

**BVB, Berlin, 7. Dez.** (Amtlich.) Gegenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung zu betonen, daß sie in der Frage des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden der von der preussischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Erklärung steht: In dieser heißt es: Die am 10. November 1918 gebildete preussische Regierung hat in ihrem Auftrage an das preussische Volk vom 13. Nov. 1918 die Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet. Auch die gegenwärtige preussische Regierung erkennt die Koalitionsfreiheit der Beamten an. Mit dem Begriff des Koalitionsrechts ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzusetzen, nicht das einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel angewandt werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich wechselseitig ergebenden Rechte und Pflichten entscheidend. Ist damit die gemeinsame Arbeitsniederlegung nicht vereinbar, so ist dem Koalitionsrecht das sogenannte Streikrecht nicht verkiehen. In ihrer Anwendung aus dem Beamtenverhältnis führen diese Grundsätze dazu, daß der Beamte nicht streiken darf. Das Beamtenverhältnis ist ein Treueverhältnis. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis tritt mit dem Beamten, der streikt, seinen Eid und verleiht die Amtspflichten, die er übernommen hat. Den Beamten stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche ausdrücklich zur Geltung zu bringen. Die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstätte und einer Verzögerung der Arbeit auf der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogen. passiver Resistenz. In all diesen Fällen verleiht der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung und dem Verlust seines Dienstverhältnisses zu gewärtigen.

Soll das die Antwort auf die Forderungen der Postbeamten sein. Ob dieses vom Reichspostminister angewandte Mittel die Bewegung, die von Süddeutschland ausging, und auf alle größeren Städte des Reiches übergriffen, einbüßen wird, wagen wir nicht zu bezweifeln. Mit diesem Erlass wird er die Hungerrufen nicht stillen, wohl aber die gesamte Beamtenenschaft zu Gewaltmaßnahmen reizen. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches wird auch schon von Protestversammlungen berichtet.

**Briefkasten der Redaktion.**

Einer für viele. Anonnes wandert in den Papierkorb. O. A. Sprechen Sie bei uns einmal vor.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heulleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Vereinsanzeiger**

**Karlsruhe.** (Deutscher Metallarbeiterverband.) Am Freitag, den 10. Dezember, nachmittags 5 Uhr, Vaußloster- und Schmiede-Versammlung in der „Gambriusshalle“, Erbprinzenstraße. Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen unbedingte Pflicht. 6836 Die Branchleitung.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

**Ehenaufgebote.** Friedrich Becker von hier, Hilfsgelehrter hier, mit Eva Schacht von Goldenus. Johannes Hartweg von Oberthalhofen, Postbote hier, mit Frieda Stolz von Tegernau. Franz Oerdt von Frauenalb, Kanalarbeiter in Schilbera, mit Emma Alfert von Buggingen. Emil Kiefer von Knielingen, Schlosser hier, mit Anna Genrich von hier. **Todesfälle.** Angelo Corbini, Schlosser, Iebig, 59 J. alt. Franz Greber, Schreiner, Wimer, alt 81 J. Margarete Eschmann, ohne Beruf, Iebig, alt 49 J. Johanna, alt 2 Monate 27 Tage, V. Emil Bühler, Generalagent. Franz Stolz, Rechnungsrat a. D., Ehemann, alt 78 J. Adolf Kiefer, Friseur, Ehemann, alt 52 J. Josef Kleiber, Bahnarbeiter, Ehemann, alt 40 J. Verta Cetto, alt 56 J., Ehefrau von Peter Cetto, Zementeur. Anneliese, alt 1 Tag, V. Adolf Griesmayer, Schlosser. Kath. Thomaßewitz, alt 64 J., Witwe von Heinrich Thomaßewitz, Handelsmann. Irma, alt 8 Mon., V. Karl Ströbel, Maschinenarbeiter. **Todesfälle.** Alwin, alt 8 Mon. 27 Tage, V. Julius Hornmuth, Landwirt. Abraham Schick, Witwer, Diener, alt 70 J. Georg Keitel, Ehemann, Maurer, alt 70 J.

**Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16**

empfehlen: Sowjet-Rußland in Wirklichkeit. Preis 7,20 M. Porto 40 s.

**Gänselebern Gänseleber**  
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.  
K. Mäser, G. Mees, geb. Stürmer  
Kreuzstraße 20, II. Stock. Erbprinzenstr. 21, II. St.

Nur noch kurze Zeit  
**Vorzugspreise auf Fahrrad-Gummi**  
Mäntel v. M 69.— Schlaenche v. M 25.—  
„Philag“  
Fahr-ad-Lichtmotor o-ohne Brennstoff  
Vorrichtung u-ohne Kaufzwang.  
**Carbid**  
Carb d Lampen, Laternen, Feuerzeuge  
Faschen-Lampen, Batterien, Rasierapparate  
Rasierklingen usw.  
**Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.**  
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 61.

**Oetker's Rezepte**  
gelingen immer! Man versuche:  
**Spekulatius.**  
Zutaten: 100 g Butter oder Fett, 180 g Zucker, 350 g Mehl, 1/2 Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, 1/2 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“, 6 Eßlöffel voll Milch oder Wasser.  
Zubereitung: Butter und Zucker werden schaumig gerührt, dann fügt man das Eiweißpulver und die Milch hinzu und arbeitet alles gut durcheinander. Der Teig wird messerrückendick ausgerollt, mit Blechformen ausgestochen und auf ein gefettetes Blech gelegt und schön knusperig gebacken.

**Gummimäntel**  
neu, Ledermäntel, warme Wintermäntel u. Mäntel, gute Arbeitsanzüge, neu u. getr. 200—250 M. einhellblaue u. schb. Kostüme u. Kleider, foh-Dam-Pelze, äußerst billig abgegeben.  
Hermannstr. 32, II. bei Metzler. 6827

**Brennholz**  
Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für Erwerbsbeschränkte und Erwerbslose in Karlsruhe, Bähringerstraße 100, Telefon 6270-6274, liefert ab Lager (Erzbergerhalle), über frei Keller offenfertig gelagerten, unfeinerholz, kein gelagerten, Strohholz, in jeder Größe und in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterliegt unrer Bestehen, arbeitsbeschränkten und arbeitslosen Verlorren Beschäftigung zu schaffen. 6827

**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstraße 34, I. Treppe, Karlsruhe.  
Um für den Weihnachtsbedarf dem kaufenden Publikum besondere Vorteile zu bieten bringe ich  
**Wintermäntel, Jackenkleider, Mantelkleider, Seiden- und Vollerkleider, Sportjacken, Rösche, Blusen, Pelze, Pflsch-Garnituren**  
zu ausserordentlich niederen Preisen zum Verkauf.  
Keine Ladenspesen. Tel. 1846. Reelle Bedienung.  
Am Sonntag, den 12 und 19. Dezember ist mein Geschäft von 11-8 Uhr offen.



**Preiswerte Stoffe**  
für den  
**Weihnachtsbedarf:**

- Blusenstoffe . . . . . Mtr. Mk. 14.50
- Kleiderstoffe doppeltbreit . . . . . Mtr. Mk. 22.50
- Schotten doppeltbreit . . . . . Mtr. Mk. 19.50
- Cheviot in verschiedenen Farben . . . . . Mtr. Mk. 29.50
- Mantelstoffe 140 cm breit . . . . . Mtr. Mk. 38.00
- Seidenstoffe viele Farben . . . . . Mtr. Mk. 45.00
- Herrenstoffe schwere Qualität . . . . . Mtr. Mk. 55.00
- Wäschetuch . . . . . Mtr. Mk. 14.50
- Hemdenflanell . . . . . Mtr. Mk. 15.75
- Handtuchstoff . . . . . Mtr. Mk. 9.75
- Flanell für Unterzeug, einf. u. gestr., Mtr. Mk. 9.75 14.50
- Schürzenstoffe . . . . . Mtr. Mk. 22.00
- Druckflanell hell und dunkel . . . . . Mtr. Mk. 17.50
- Damast 130 cm breit . . . . . Mtr. Mk. 49.50

Große Posten **Woldecken**, schwere Qualität, Mk. 85.00 95.00 115.00 135.00 150.00

**W. Boländer, Kaiserstr. 121.** 6831

**Bürgervereinigung der Weststadt Karlsruhe.**

Samstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Felsencafé“

**Ver-sammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
„Die Abgabe zur Förderung des Wohnbaues.“  
Vortrag von Herrn Bürgermeister Schneider.  
Hierzu laden wir insbesondere unsere Mitglieder mit ihren Frauen und alle Bürger der Weststadt freudlichst ein. 6830

Der Vorstand.

**Gemeinde- u. Staatsarbeiterverein**  
Filiale Karlsruhe.

**Todes-Anzeige.**  
Unser Mitglied Herr Christian Schum Tischhauerarbeiter gestorben ist.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr in Mühlparc statt.  
Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. 6839

Der Vorstand.

**Badisches Landestheater.**  
Mittwoch, den 8. Dezember 1920 3278

**Der lebende Leichnam.**  
Anfang 6<sup>1/2</sup> Uhr. Ende 9<sup>1/2</sup> Uhr.

**Händlerversteigerung.**  
Am Mittwoch, den 15. Dez. 1920, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungsal des Polizeiamtes, Schwabenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Händler vom Monat April 1920 Nr. 4722 bis mit Nr. 6047 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungstotal wird eine halbe Stunde vor Versteigerungsbeginn gemeldet. 3276

Die Käufe bleiben am Versteigerungstage geschlossen.  
Karlsruhe, 19. Nov. 1920.  
Städt. Pfandleihkasse.

**Galerie Moos**  
Kaiserstr. 187. 6833

**Dezember-Ausstellung bad. Künstler.**  
Werktags 10-5  
Sonntags 11-1.

**Kragen**

**-Wäscherei Schorpp**  
liefert schnellstens  
Annahmestellen:  
Karlsruhe: Bernhardstraße 8  
Kaiserstr. 34 u. 243  
Gervigstraße 46  
Amalienstraße 15  
Waldstraße 64  
Wilhelmstraße 32  
Augustastraße 13  
Schillerstraße 18  
Kaiserallee 37  
Gabelsbergerstr. 1  
Rheinstraße 18.  
Durlach: Hauptstr. 15. 6780

**Fränkischer Käse**  
eingetroffen

**Haferflocken**

**Fränkischer Käse**

**Reichs-, Staats-, Gemeindebeamte!**

Am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet große Beamtenversammlung im Saale des „Friedrichshofs“ statt.  
Herr Kugel, 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, spricht über wichtige Beamten-Tagesfragen.  
Zu zahlreichem Besuch laden ein  
Im Auftrag:  
Badischer Beamtenbund,  
Bezirks-Vereinsverwaltung Karlsruhe (Baden),  
Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -auswärtiger (Landesstelle Baden),  
Zentralverband der badischen Gemeindebeamten. 6816

**Papierhandlung Nesselhauf**  
Schützenstr. 46  
6831

Auch in diesem Jahre finden Sie in reicher Auswahl passende Weihnachts-Geschenke

**Bilder**  
mit Rahmen, große Auswahl, billige. 6885  
Schäfers Kunsthandl., Kaiserstraße 38.

**Durlacher Anzeigen.**

**Kohlen-Ausgabe.**  
Die bei Ludwig Krumb, Lammstraße, eingelegten Kunden von Nr. 301-609 können am Donnerstag den 9. Dezember von vormittags 8 Uhr bis abends 7<sup>1/2</sup> Uhr 1 Ztr. Braunkohlenbriketts, Union, zum Preise von 14.90 M je Ztr., und 1 Ztr. Eismorbriketts zum Preise von 29.55 M je Ztr. ab altes Lager Pfingstraße erhalten.  
Zufuhr vor's Haus 0.80 M, frei Keller 1.30 M je Zentner mehr. 3286  
Durlach, den 8. Dezember 1920. 3274  
Drittkohlenstelle.

**BILLIGE SCHUHWAREN**

bringen wir ab Mittwoch in der 1. Etage zum Verkauf Solange Vorrat

**Große Posten Einzel- u. Restpaare**

Damen- und Herrentiefel verschiedene Ausführungen . . . . . Paar	75	Mk.
Damen- und Herrentiefel moderne Formen und Ausführungen . . . . . Paar	175, 145, 125	Mk.
Damen- und Herrentiefel Chevreau und Boxcall schwarz und braun, grösstenteils Rahmenausführung Paar	225	Mk.
Warme Winterschuhe zu billigen Preisen	Auf Extra-Tischen	ausgelegt

**GESCHWISTER KNOPF**

Unsere Geschäftsräume sind Sonntag, den 12. und 19. Dezember von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

**Bettfedern-Reinigung!**

Nur ein gut gereinigtes Bett erfüllt seinen Zweck. Bestes Spezialverfahren.  
Nur Karlsrufer, 20, vorm. Flechtner.

**Baubund-Möbel**

Wohnzimmer Herrenzimmer  
Schlafzimmer Küchen-  
Eßzimmer Einrichtungen

in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst. 6153

**Badischer Baubund G. m. b. H.**  
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22.  
Verkauft gegen bar oder Teilzahlung.  
Während der beiden letzten Advent-Sonntage sind unsere Ausstellungs-räume von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Den Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1920/21, d. i. für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921, liegt zur Einsicht aller Beteiligten vom 7. Dezember 1920 an während acht Tagen in der Stadtkanzlei, Abt. X (Bücher-Registrierung) im Rathaus, 2. St., Zim. 60, nordl. Seiteneingang, auf. 3277  
Karlsruhe, den 7. Dezember 1920.  
Der Stadtrat.

**Central-Lichtspiele**  
26 Karl-Friedrichstrasse 26

**Die geheimnisvolle Gräfin**

Regie: Harry Piel

Sensation auf Sensation.  
Man beachte die ausgestellten Bilder.

**Brennholz-Abgabe ab Wald.**

Bei der Durchforstung im Distrikt Füllbruch ist eine beschränkte Menge gemischtes Prügelholz angefallen, das sofort ab Wald abzugeben werden soll. Der Preis beträgt je nach Holzart 34 bis 40 M je Ster ab Wald. 3279

Bezugsanmeldungen werden von uns bis zum 15. ds. Mts. entgegengenommen. Die Vergabe erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen.  
Durlach, den 8. Dezember 1920.  
Drittkohlenstelle.

**Konsumverein für Durlach und Umgegend e. G. m. b. H.**

**Die Auszahlung der Rückvergütung**

findet an nachstehende Tagen statt:

- In Durlach.**  
Verkaufsstelle I, Schützstr. Montag, den 13. Dezember, 9-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm.  
Verkaufsstelle III, Friedrichstraße, Dienstag, den 14. Dezember, 3-6 Uhr nachm.  
Verkaufsstelle IV, Weingartenstraße, Mittwoch, den 15. Dezember, 3-6 Uhr nachm.  
Verkaufsstelle VI, Adlerstraße, Donnerstag, den 16. Dezember, 9-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachmittags.  
Verkaufsstelle VIII, Herrenstraße, Freitag, den 17. Dezember, 9-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachmittags.  
**In Kitz.** Verkaufsstelle II, Lindenstraße, Samstag, den 18. Dezember, 9-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachmittags.  
**In Durlach.**  
Verkaufsstelle VII, Mittelstraße, Montag, den 20. Dezember, 9-12 Uhr und 3-6 Uhr, nachmittags.  
Verkaufsstelle IX, Kaiserstraße, Montag, den 20. Dezember, 3-6 Uhr nachmittags.  
**In Bergheim.** Verkaufsstelle V, Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2-6 Uhr.  
**In Bismarck.** Verkaufsstelle X, Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 2-6 Uhr.  
**In Mühlbach.** Verkaufsstelle XI, Mittwoch, den 22. Dezember, nachm. 2-6 Uhr.

Das Geld wird in denjenigen Verkaufsstellen ausbezahlt, in welchen die Rückvergütungsscheine abgeliefert wurden und ist die für die abgelieferten Scheine empfangene Zahlung vollständig.  
An Kinder unter 16 Jahren wird die Rückvergütung nicht ausbezahlt. 6837

Der Vorstand.

**Durlacher Anzeigen.**

**Preise für Christbäume betr.**

Zu beschreiben mit dem Bad. Landespreisamt und der Festabteilung des Finanzministeriums wurden nachstehende Kleinverkaufspreise für Christbäume festgesetzt:

<b>Für Durlachen:</b>	<b>Für Weibstauen:</b>
Größe bis zu 1 m A 2.-	A 2.- bis A 2.50,
1-2 m bis 3.-	" 4.-
" 2-2.50m " 4.50	" 5.50
" über 2.50m " 6.-	" 8.-

Die Berücksichtigung der Preise wird gegebenenfalls als übermäßige Preissteigerung verfolgt.  
Karlsruhe, den 6. Dezember 1920. 3278  
Städt. Preisprüfungsamt.

**Baden-Baden.**

**Beginn des Wochenmarktes.**  
Mit sofortiger Wirkung wird der Beginn des Wochenmarktes auf 8 Uhr vormittags festgesetzt.  
Der Stadtrat.